

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 13 · 5. September 2005 · www.cdu-csu-ep.de



EVP-ED-Fraktion fordert Wertedebatte

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament hat eine Wertedebatte über die demographische und gesellschaftliche Entwicklung in Europa angestoßen. Der Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering (CDU) erklärte in Brüssel, die demographische Entwicklung sei eine der größten Herausforderung für die wirtschaftliche, soziale und politische Zukunft Europas. Europa werde scheitern, wenn es nicht gelinge, ein Umfeld zu schaffen, in dem Kinder wieder eine Zukunft haben. Eine grundlegende Erneuerung der EU sei daher nötig.

Inhalt

Wie Rot-Grün
Deutschland zum
Schlusslicht in der EU
gemacht hat

Seite 2

Aus der EVP-ED-Fraktion:
kurz & bündig

Seite 7

Wie Rot-Grün Deutschland zum Schlusslicht in der EU gemacht hat

Rot-Grün hat die Axt an den Stabilitäts- und Wachstumspakt angelegt. Deutschland wird im Jahr 2005 zum vierten und 2006 vermutlich zum fünften Mal in Folge die vertraglich festgelegte Defizitgrenze nicht einhalten können. Außerdem unterminieren seit Jahren Deutschland und Frankreich gezielt den Stabilitäts- und Wachstumspakt – ein europäischer Sündenfall erster Ordnung. Die Unfähigkeit von Minister Eichel, den deutschen Haushalt in den Griff zu bekommen, schwappt auf Europa über, mit erheblichen Konsequenzen für das gesamte Vertragswerk und möglichen Folgen für die Stabilität des Euro.

Eichel hat Haushalt nicht mehr im Griff

Deutschland ist unter der jetzigen Koalition vom wirtschaftlichen Musterknaben Europas zum Schlusslicht geworden. Statt konsequente Strukturreformen einzuleiten und das Land für die Herausforderungen der sich stetig globalisierenden Wirtschaft vorzubereiten, setzt die rot-grüne Bundesregierung – die bereits jetzt ihren Haushalt nicht mehr in den Griff bekommt – auf zusätzliche Staatsausgaben als vermeintlichen Ausweg aus der selbstverschuldeten Wirtschaftsmisere. Dabei steht ihr der Stabilitäts- und Wachstumspakt im Weg.

Anfang des Jahres 2002 sollte erstmals seit Bestehen des Stabilitäts- und Wachstumspakts ein Blauer Brief wegen Annäherung an die Defizitgrenze von 3 % des Bruttoinlandsprodukts vergeben werden, ausgerechnet an den Initiator des Paktes, nämlich Deutschland! Der Blaue Brief wurde jedoch auf Druck Deutschlands im Ecofinrat abgewandt. Der Finanzminister sah sich nicht gezwungen, Korrekturen einzuleiten.

Ein Jahr später – die Haushaltslage hatte sich entgegen den Versprechungen Eichels verschlechtert – sah sich die Europäische Kommission gezwungen, die Einleitung eines Defizitverfahrens gegen Deutschland zu empfehlen. Mit viel Lobbying und Rechenkünsten kam Deutschland auch diesmal wieder ungeschoren davon.

Die Europäische Kommission entschied im Januar 2004, wie bereits im Herbst 2003 von CDU/CSU-Europaabgeordneten gefordert, die Schlussfolgerungen des Finanzministerrates vor dem Europäischen Gerichtshof anzufechten. Als „Hüterin der Verträge“ wollte sie Rechtsklarheit und Vorhersagbarkeit bezüglich der Vertragsbestimmungen zur Wirtschafts- und Währungsunion gewährleisten. Sie wollte sicherstellen, dass die auf dem EG-Vertrag basierenden Verfahren in Zukunft korrekt angewandt werden. Der Europäische Gerichtshof – der sich

nicht mit den Zahlen beschäftigte, sondern mit den formellen Aspekten des Defizitverfahrens – hat der Kommission Recht gegeben, indem er beschied der Rat habe unrechtmäßig das Defizitverfahren gegen Deutschland ausgesetzt. Dies hat der Lobbyarbeit des Schröder-Eichel-Tandems engere Grenzen gesetzt. Bis jetzt ist jedoch vom Rat kein Verfahren gegen Deutschland eingeleitet worden.

Regierung hat Stabilitäts- und Wachstumspakt außer Kraft gesetzt

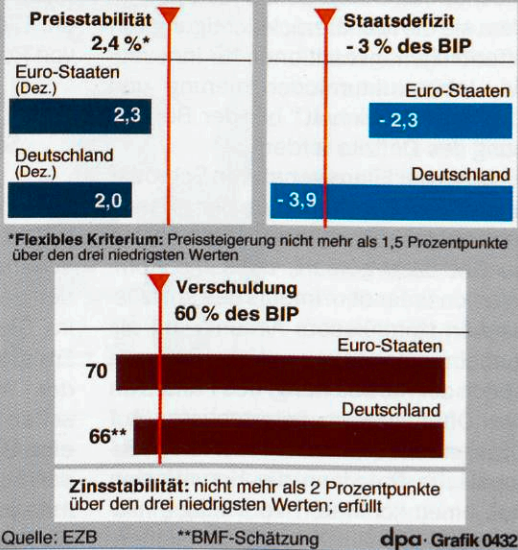
Mit ihrer starren und uneinsichtigen Haltung hat die deutsche Bundesregierung den von Deutschland geschaffenen Stabilitäts- und Wachstumspakt faktisch außer Kraft gesetzt.

Mittlerweile hat Deutschland die Defizitgrenze bereits dreimal überschritten. Weitere Überschreitungen sind von der Kommission schon prognostiziert. Eine Nichtbeachtung der Grenze in diesem Jahr gilt als sicher. Auch die Einhaltung der Defizitgrenze in 2006 wird selbst vom Bundesfinanzministerium als schwierig angesehen, wenn man sich auch nach außen hin optimistisch gibt.

Überschattet wurde der Vorgang durch den zweiten Sündenfall von Minister Eichel: der Reform des Stabilitätspaktes. Einerseits wollte er generell den Druck von seiner Politik nehmen,

Der Stabilitätspakt

Maastricht-Kriterien für die Stabilität des Euro 2004



men, andererseits hatte er fest den ursprünglichen Bundestagswahltermin vom September 2006 vor Augen. Er wollte partout verhindern, in einem Wahljahr wegen mangelhafter Finanzen vorgeführt zu werden und eventuell sogar auf Druck Europas für Teile seiner Klientel schmerzhaft finanzielle Einschnitte vornehmen zu müssen, von der dann begrenzten Fähigkeit Wahlgeschenke zu verteilen ganz zu schweigen. Dass er damit als Totengräber des Stabilitätspaktes in die Geschichte eingehen könnte, stört ihn recht wenig.

Unterstützt wird die rot-grüne Bundesregierung bei diesem Vorhaben regelmäßig durch die Sozialistische Fraktion im EP. Sie plädierte unentwegt für eine Aufweichung des Stabilitäts- und

Wachstumspakts. Sie tritt für eine „konjunkturgerechte“ und „intelligente“ Anwendung des Pakts ein und möchte das Defizit schön rechnen, indem sie die Nichtberücksichtigung von öffentlichen Investitionen für Innovation, Infrastrukturmodernisierung und „Kosten der Einheit“ bei der Berechnung des Defizits fordert.

Unter der Führerschaft von Schröder und Eichel hat der Druck der gesammelten Linken auf die Kommission und im Rat dazu geführt, dass die Kommission unter dem Impuls des sozialistischen Kommissars Almunia mit allgemeinen Gedanken zu einer 'Reform', sprich der Aufweichung, des Paktes an die Öffentlichkeit getreten ist. Auf Drängen des Kanzlers forderte der Europäische Rat dann die Kommission auf, einen konkreten Vorschlag einzureichen.

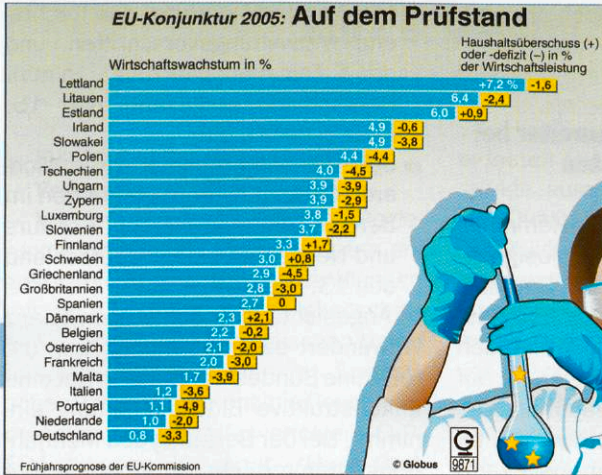
Almunia hat dann die Gesetzesvorlage beflissentlich geliefert. Alles war darauf ausgerichtet, das Verfahren durch Ausnahmeregelungen so zu modifizieren und die Fristen derart zu verlängern, dass die rot-grüne Bundesregierung nicht mehr vor der ursprünglich für 2006 geplanten Bundestagswahl auf der Stabilitätsfront von Brüssel aus belästigt würde. Auf diesen Zug sind leider einige andere große Mitgliedstaaten mit der Note „mangelhaft“ im Fach Wirtschaftsreformen gesprungen, namentlich Frankreich und Italien, so dass einer formalen Annahme der Aufweichungsbeschlüsse nichts mehr im Wege stand.

Der Druck aus Berlin hat jedoch nicht zu dem von Eichel und Schröder für Deutschland erhofften Ergebnis geführt. Zurzeit werden im Ministerrat Überlegungen angestellt, das ausge-

setzte Defizitverfahren im Herbst wieder aufzunehmen. Trotz der Verwässerung des Stabilitätspaktes könnte Deutschland ein Defizitverfahren blühen. Dies zeigt das ganze Ausmaß der von Rot-Grün aufgetürmten Lasten.

SPD greift Unabhängigkeit der EZB an

Die Trauergeschichte linker Wirtschaftspolitik setzt sich in angrenzenden Feldern fort. Die SPD fordert nun im Gleichschritt mit dem Rest ihrer Fraktion die Abstimmung der Geld- mit der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene. Dies zielt eindeutig auf eine Schwächung der Unabhängigkeit der EZB. Diese soll genötigt werden mit einer Politik des leichten Geldes, die öffentlichen Investitionspläne der Sozialisten zu unterstützen. Die Folgen einer solchen Politik, wie Kaufkraftminderung, langsames Wachstum als Konsequenz der Verunsicherung der Wirtschaftsteilnehmer sowie weitere Belastung der ohnehin schon überstrapazierten Pensionskassen, nimmt sie billigend in Kauf. Ferner möchte die SPD nun auch die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten enger miteinander verzahnen. Die Mitgliedstaaten sollen nicht mehr auf dem Wege des Wettbewerbs ihrer Wirtschaftspolitiken die für den Bürger beste Politik finden. Stattdessen soll durch Gleichschaltung der Wirtschaftspolitiken ein für Schröder-Deutschland peinlicher Vergleich vermieden werden. Insbesondere soll der frische Wind aus den neuen Mitgliedstaaten gebremst werden.



wiesen, dass insbesondere auch die regulatorischen Belastungen auf dem Arbeitsmarkt Ursache für das geringe Wachstumspotential für Deutschland sind. Sie mahnte an, dass es endlich geschafft werden müsste, gering qualifizierte und ältere Menschen sowie Menschen aus rückständigen Regionen, insbesondere dem Osten, in den Ar-

beitsmarkt zu integrieren, um einen starken Wachstumsimpuls auszulösen. Hierzu sei aber eine Veränderung der gesetzlichen Lage dringend notwendig. Ähnliche Kritik übt die Europäische Zentralbank und die Mehrheit der Wirtschaftsexperten.

Im Osten Deutschlands stieg die Arbeitslosigkeit seit 1999 kontinuierlich an, obwohl Schröder ihre Bekämpfung zur „Chefsache“ erklärt hatte. Nicht vergessen ist seine Aussage im Bundeswahlkampf 1998, er werde sich an seinen Erfolgen auf dem Arbeitsmarkt messen lassen.

Der marktwirtschaftliche – auf einer stabilen Währung und gesunden Staatsfinanzen fußende – Konsens der Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit wird somit von der SPD gekündigt.

Auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit, die für die Betroffenen die schlimmsten Auswirkungen hat, liegt Deutschland über dem EU-Schnitt. Knapp die Hälfte der deutschen Arbeitslosen ist länger als 12 Monate ohne Job. Besonders dramatisch ist die Lage wieder in Ostdeutschland. Ohne die Trickereien bei der Umgestaltung der Bundesagentur für Arbeit und dem Arbeitslosengeld II würden

Deutschland ist nicht mehr der Musterschüler Europas. Ganz im Gegenteil ist Deutschland bei den wesentlichen Wirtschaftskriterien Schlusslicht: Ohne Deutschland wäre das Wachstum im Euroraum höher. Nicht Europa hat ein Wachstumsproblem, sondern Deutschland ist die Wachstumsbremse in Europa. Beim Vergleich des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf ist Deutschland ab 2003 unter den EU-Durchschnitt gefallen. Die hohe Arbeitslosigkeit gepaart mit einer allgemeinen Verunsicherung der privaten Verbraucher über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und wegen der inkonsistenten Zielvorgaben der Regierung bei ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik führt zu einer verbreiteten Sparneigung.

Die Kommission hat die Bundesregierung immer wieder darauf hinge-

die Arbeitslosenzahlen noch dramatischer aussehen.

Deutschland ist Spitzenreiter bei Lohnnebenkosten

Bei einem der zentralen Hemmnisse für den Abbau der Arbeitslosigkeit, der Lohnnebenkosten, ist Deutschland Spitzenreiter innerhalb Europas. Die Kommission und der Rat werden nicht müde, die Bundesregierung auf dieses zentrale Problem aufmerksam zu machen und Abhilfe zu fordern. Im Verhältnis zu den Steuern insgesamt machen die Sozialbeiträge in Deutschland 44,4 % der gesamten Abgabenbelastung aus. Sie liegen damit deutlich höher als in den übrigen Mitgliedstaaten, insbesondere im Verhältnis zum EU-15-Durchschnitt mit 34,4 %.

Auch die direkte Gegenüberstellung der Sozialbeiträge zeigt deutlich, dass Deutschland die höchsten Sozialbeiträge hat. Der jüngste Bericht der Europäischen Kommission zur Umsetzung der europäischen Charta für Kleinunternehmen zeigt, dass eine Verbesserung des unternehmerischen Umfelds in Deutschland dringend geboten ist. Neben der steuerlichen Belastung und dem chronischen Mangel an Risikokapital stehen vor allem bürokratische Hürden einer Entfaltung der unternehmerischen Initiative entgegen:

- 70 Prozent der Eintragungen ins Handelsregister erfolgen erst nach einer Wartezeit von mehr als zwei Monaten – damit wurde der europäische Richtwert um 100 Prozent übertroffen,

- bei der Verbesserung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften und der Folgenabschätzung nimmt Deutschland insgesamt den 15. Platz in der EU ein,
- bei der unternehmensfreundlicheren Gestaltung der Vorschriften im Bereich Umstrukturierung, Konkurs und Neubeginn belegt Deutschland den 13. Platz.

Angesichts ihrer schlechten Bilanz verwundert es umso mehr, dass die rot-grüne Bundesregierung im Rat eine unkonstruktive Blockadehaltung einnimmt. Bei der Beratung des Mehrjahresprogramms für Unternehmertum und unternehmerische Initiative, durch das die Schaffung eines KMU-freundlichen Umfeldes und die Bereitstellung von Risikokapital gefördert werden, hat die Regierung Schröder verhindert, dass dieses erfolgreiche Instrument im Jahr 2006 zumindest mit dem Vorjahres-Budget ausgestattet wurde.

Dieses Verhalten ist beispielhaft für das planlose Vorgehen der Bundesregierung im Rat, welches den deutschen Interessen zuwiderläuft: Einerseits wird immer wieder die große Bedeutung des Lissabon-Prozesses für Wachstum und Beschäftigung betont, andererseits werden die hierfür konzipierten Instrumente (wie das Forschungsrahmenprogramm) blockiert und „totgespart“, obwohl Deutschland von substantiellen Rückflüssen profitieren würde. Trotz aller Lippenbekenntnisse waren Forschung und Innovation für die Bundesregierung in den Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau von nachrangiger Bedeutung.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ **EVP-ED-Fraktion für ergebnisoffene Verhandlungen mit der Türkei**

Vor dem von den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten angesetzten Beginn von Verhandlungen mit der Türkei um eine Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union hat die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament betont, die Gespräche müssten ergebnisoffen erfolgen. EVP-ED-Fraktionsvorsitzender **Hans-Gert Pöttering** (CDU) sagte bei einer Pressekonzferenz in Brüssel, das Verhandlungsmandat mit der Türkei müsse die Möglichkeit einer „alternativen Form der Partnerschaft“ beinhalten. Dies sei „fair und ehrlich“ gegenüber der Türkei.

Pöttering kritisierte die Erklärung der Türkei, die Republik Zypern nicht anerkennen zu wollen. Es sei „unlogisch“, mit der Europäischen Union verhandeln zu wollen, und gleichzeitig einen Mitgliedstaat nicht anzuerkennen. Die Türkei hat sich verpflichtet, das Protokoll zur Ausdehnung der Zollunion auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten zu unterzeichnen, was einer defacto Anerkennung von Zypern gleichkommt. Ankara hat das Protokoll zwar unterschrieben, aber gleichzeitig eine Erklärung abgegeben, dies bedeute keine Anerkennung der Republik Zypern.

■ **Bessere Vergleichbarkeit von Hochschulen**

Der Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments hat einen Bericht der slowenischen EVP-ED-Abge-

ordneten Ljudmila Novak für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit zur Qualitätssicherung in der Hochschulbildung angenommen. Ziel des Gesetzgebungsvorhabens, das nun noch durch das Plenum bestätigt werden muss, ist die gegenseitige Anerkennung von Mechanismen zur Qualitätssicherung für Hochschulen. Dadurch soll die Vergleichbarkeit der Hochschulsysteme in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten verbessert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, soll ein europäisches Verzeichnis von Agenturen erstellt werden, die eine Bewertung der Hochschulbildung durchführen können. Ausgangspunkt dieses Berichts sind die von den Kultus- und Bildungsministern der EU-Mitgliedstaaten im Mai 2005 erörterten Vorgaben für die weitere Entwicklung des europäischen Hochschulraums, der die Mobilität von Wissenschaftlern und Studenten fördern will.

■ **EP-Verkehrsausschuss debattiert Flugsicherheit**

Nach den Flugzeugabstürzen der vergangenen Monate stand das Thema Flugsicherheit nach der Sommerpause ganz oben auf der Tagesordnung des Europäischen Parlaments. Dazu debattierte der Verkehrsausschuss den Bericht der EVP-ED-Abgeordneten **Christine de Veillac** (Frankreich). Das dem Bericht zugrunde liegende Gesetzgebungsvorhaben der EU-Kommission enthält zwei Initiativen: zum einen soll eine „schwarze Liste“ aller Fluggesell-

schaften erstellt werden, gegen die ein Flug- oder Überflugverbot für die Europäische Union gilt. Zudem sollen Fluggäste künftig über die Identität der ausführenden Fluggesellschaft unterrichtet werden. Ziel soll sein, dass Flugpassagiere schon bei der Buchung wissen, welche Fluglinie tatsächlich das Flugzeug stellt. So kommt es zum Beispiel im Rahmen von „Code-Share“-Abkommen immer wieder vor, dass ein Flug unter dem Namen mehrerer Fluggesellschaften angeboten wird.

■ **EVP-ED-Fraktion begeht 25jähriges Jubiläum von Solidarnosc**

Zum 25. Jubiläum der polnischen Arbeiterbewegung Solidarnosc hat der Vorstand der EVP-ED-Fraktion in Danzig getagt. In der polnischen Hafenstadt hatten 1980 Werftarbeiter unter Führung des damaligen Gewerkschaftsführers und späteren polnischen Staatspräsidenten Lech Walesa gegen das kommunistische Regime gestreikt, und damit entscheidende Impulse für das Entstehen weiterer Oppositionsbewegungen in Osteuropa geliefert.

Anlässlich der zweitägigen Studienreise zum Jahrestag des Beginns der Solidarnosc-Bewegung veranstaltete die EVP-ED-Fraktion in Danzig zwei Diskussionsrunden über die Europäische Union und ihre Nachbarn, sowie die Auswirkungen der Solidarnosc-Bewegung

auf den europäischen Integrationsprozess. Zu den geladenen Gästen gehörten neben Walesa EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, und der ukrainische Premierminister Viktor Juschtschenko.

■ **Vorbereitungen zur Bekämpfung der Vogelgrippe**

EVP-ED-Fraktionsmitglied **Antonios Trakatellis** (Griechenland), hat im Unterausschuss des Europäischen Parlaments eine Überprüfung der von der Europäischen Union getroffenen Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Vogelgrippe gefordert. Trakatellis zeigte sich besorgt angesichts erneuter Ausbrüche der Vogelgrippe, und warnte vor einer Ausbreitung nach Europa durch Wildvögel aus Russland und Kasachstan, insbesondere nach Bulgarien und Rumänien. Die Vorbereitungen der Europäischen Union bei einem möglichen Ausbruch des Virus in Europa müssten überprüft werden, so der griechische Europaabgeordnete. Dies betreffe auch die Notfallpläne der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Trakatellis sprach sich dafür aus, Experten des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Bekämpfung von Seuchen zu einem Meinungsaustausch in das Europäische Parlament einzuladen.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. **Für den Inhalt verantwortlich:** Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.